



Eine Ausfahrt im Norden des geplanten Wohnareals zum Simontalgraben hin (Bild) könnte die Karlstraße entlasten – und zugleich neue Verkehrsprobleme in den umliegenden Straßen hervorrufen.

Fotos: Oliver Heider

Offene Ohren für die Ängste

Bauprojekt Ein Rederecht im Gemeinderat bekommen die Anwohner der Karlstraße zwar nicht. Ihre Kritik zeigt in dem Gremium aber dennoch Wirkung. *Von Oliver Heider*

Sollen Anwohner ihre Bedenken gegen ein geplantes Wohnbau-Projekt mit 114 Wohnungen in sechs Gebäuden nördlich der Karlstraße im Gemeinderat vorbringen dürfen oder nicht? Diese Frage hatten die Mitglieder des Gremiums zu beantworten. Mit 17:5-Stimmen wurde dieser Wunsch jedoch abgelehnt.

Für die Anwohner stark machte sich die fünfköpfige Fraktion der Grün-Unabhängigen Liste (GUL). Der Antragsteller wolle „hier etwas sagen, bevor der Bebauungsplan aufgestellt wird“, erklärte Roland Riedlinger. Anders als bei einer ähnlichen Entscheidung Ende 2017, als Albecker Bürgern ein Rederecht im Rat hinsichtlich des Neubaugebiets „Rücken“ verwehrt worden war, handele es sich nun um einen Grundsatzbeschluss. „Als Gemeinderätin möchte ich den Bedürfnissen und Ängsten ein offenes Ohr geben“, assistierte Renate Maier-Tayblum. Schließlich habe der Investor „das Recht, sein Vorhaben in blumigen Worten zu präsentieren“. Sie forderte daher bereits vorab eine „objektive Meinungsbildung“.



Markus Tannheimer von der Bürgerinitiative übergab 180 Unterschriften an Bürgermeister Daniel Salemi.

Bürgermeister Daniel Salemi sah die Sache anders: Die öffentliche Hand sei an den Gleichheitsgrundsatz gebunden. Ähnlich äußerte sich Helga Mack (CDU). Auch sie verwies auf die „frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit“ im Verfahren. Aus Sicht von Hannah Kraski (FWG) wurde den Ängsten der Bürger, die sie verstehe, schon ein Ohr geschenkt: „Wir haben viel gehört und viele Briefe gelesen.“ Darüber hinaus stellte Jörg Thierer (ebenfalls FWG) klar: „Die Diskussion ist emotional.“ Und: „Die Sorgen und Ängste werden ernst genommen. Wir werden aber nichts Neues hören, wenn wir die Anwohner anhören.“

So beschäftigte sich das Gremium in der folgenden Stunde ausgiebig mit dem Vorhaben. In einer Sitzung, die Maier-Tayblum später als „ziemlich chaotisch“ bezeichnen sollte. Machte doch plötzlich ein neuer Vorschlag die Runde. Der war jedoch in den Unterlagen der Verwaltung nicht berücksichtigt worden, weil es sich noch um keinen Gemeinderatsbeschluss handele, wie Hans Eckle vom Bauamt des Verwaltungsverbands Langenau (VVL) erläuterte. Denkbar ist demnach eine 3,50 Meter breite Ausfahrt im Norden des Areals, am Simontalgraben entlang vor zur sanierungsbedürftigen Wettinger Straße. Dies könnte die Zu- und Abfahrt zur Karlstraße entlasten, dürfte aber andererseits neue Verkehrsprobleme in der Umgebung schaffen.

Und dieser Punkt war nicht der einzige, an dem sich zahlreiche Ratsmitglieder störten: Die Zahl der Wohneinheiten ist vielen zu hoch, ebenso die Geschosshöhe. Zudem wurden Bedenken geäußert hinsichtlich des Kaltluftzustroms, den Grünflächen, des Hochwasserschutzes und der Wohnqualität. Nicht

zuletzt ging es auch um die vorgeschriebenen Sozialwohnungen, die der Investor alle in einem Gebäude unterbringen möchte.

„Sie sind Herr des Verfahrens“, betonte Salemi daher mehrmals, ohne dabei einen Hehl daraus zu machen, dass er gerne die Einwände im öffentlichen Verfahren bekannt gemacht hätte. Denn: „Wenn wir es im Vorhinein hören, müssen wir gar nichts.“ Dennoch sah auch der Rathauschef ein, dass zu viele Details noch zu klären sind. Weshalb das Thema gegen die Stimmen von Achim Barth (FWG), Riedlinger und Maier-Tayblum vertagt wurde.

Wie es nun weitergehen soll

Verfahren Laut Bürgermeister Daniel Salemi sollen die Fraktionen nun zunächst beraten. In einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Technik und Umwelt soll dann eine „klare Aufgabenstellung“ an den Investor erarbeitet werden. Letztlich entscheiden soll wiederum der Gemeinderat.